

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

vom: **03.02.2022**

von: **17:03 Uhr**

bis: **18:03 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung:

Stv Weber, Frank	- als Vorsitzender
Stv Böcking, Verena	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Eckhardt, Klaus	- bis 17.59 Uhr
AM Fischbach, Karlfried	
Stv Grisse, Robert	
Stv Heilmann, Martin	vertritt Groß, Michael
AM Kamann, Timo	
AM Neumann, Daniel	
AM Römer, Guntram	vertritt Steuber, Hartmut
AM Schneider, Manfred	
AM Solms, Harold	
Stv Tigges (CDU), Johannes	
AM Weißelberg (CDU), David Ernst	vertritt AM Bahnschulte, Claudia
AM Weißelberg, Andreas	

Beratende Mitglieder:

AM Amely, Hans
AM Becker, Lothar

Von der Verwaltung:

StK Cavelius

StR Fries

Städt. Oberbrandrat Ebertz

Städt. OVR O. Schmidt

VA Nothacker

- bis 18.05 Uhr

Ltd. Städt. RD Schneider- Reimann

- bis 17.40 Uhr

VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Bahnschulte, Claudia

vertreten durch AM Weißelberg, Daniel

AM Epke, Wolfgang

Stv Groß, Michael

vertreten durch Stv Heilmann, Martin

Stv Schwarzer, Michael

Stv Shirley, Julia

Stv Steuber, Hartmut

vertreten durch AM Römer, Guntram

IntRM Lübke, Lada

- entschuldigt

AM Schneider, Michael

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um die nachgereichten Tagesordnungspunkte zu:

2.2 Container in der Fludersbach

Anfrage der UWG- Fraktion

3.1 Graffiti in Siegen

- Antrag des Seniorenbeirates

Vorlage Nr. AT 174/2022

5. Fahrzeugbeschaffung 2022

Vorlage Nr. VL 766/2022

Die Reihenfolge der Tagesordnung ändert sich entsprechend.

Sodann wird diese wie folgt erledigt:

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.08.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

4. AfFSO 03.02.2022

2. Fragestunde

2.1 Sicherheit in Parkhäusern der Universitätsstadt Siegen - Anfrage der UWG- Fraktion

Vorlage Nr. AF 71/2021

Herr Ebertz beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage:

Sind in den betroffenen Parkhäusern in der Universitätsstadt Siegen zusätzliche Maßnahmen zum Brandschutz getroffen worden? Wenn ja welche?

Antwort:

Nein

Frage:

Wenn nein: Warum nicht? Welche Maßnahmen sollen wann umgesetzt werden?

Antwort:

Hierzu ein Zitat aus der schriftlichen Anhörung des Verkehrsausschusses des Landtages des Landes NRW zum Thema:

„Brandgefahr durch Elektro- und Hybridfahrzeuge in Sammelgaragen“ und der Stellungnahme des Deutschen Feuerwehrverbandes und dem Verband der Feuerwehren NRW.

„Aufgrund der aktuellen Berichterstattung in den verschiedensten Medien erscheint es wichtig zu betonen, dass auch Elektrofahrzeuge von den Einsatzkräften der Feuerwehr gelöscht werden können. Dies gestaltet sich unter Umständen etwas schwieriger als die Brandbekämpfung von herkömmlich angetriebenen Fahrzeugen, jedoch nicht komplexer oder gefährlicher als etwa ein Brand eines gasbetriebenen Kfz. Entsprechende Handlungsempfehlungen für die Feuerwehren sind in diversen einschlägigen Gremien erarbeitet sowie bereits veröffentlicht worden und stehen somit den Einsatzkräften zur Verfügung.“

Anmerkung des Verfassers: Fahrzeuge die mit OTTO- oder Dieselmotoren betrieben werden, bringen eine erblich höhere Brandlast, nämlich den brennbaren Treibstoff, mit.

Bei einer baurechtskonform errichteten Garage stehen das Abstellen sowie das Aufladen von Elektrofahrzeugen mit einer zertifizierten Ladeeinrichtung nicht im Widerspruch zu den geltenden Vorgaben des Bauordnungsrechts. Das Sperren einer Garage für alternativ angetriebene Pkw ist aus brandschutztechnischer Sicht deshalb nicht angezeigt. Durch die vom Gesetzgeber formulierten baurechtlichen Mindestanforderungen sind im Brandfall ausreichend sichere Garagen definiert worden. Hier sind die brandschutztechnischen Schutzziele – unab-

hängig von der in der Garage eingestellten Antriebsart – berücksichtigt und eingearbeitet. Die Bekämpfung eines Fahrzeugbrandes in einer Garage ist für die Einsatzkräfte immer mit erheblichen Risiken und Gefahren verbunden. Die Einsatztaktik der Feuerwehren ist darauf ausgerichtet und vorbereitet. Die Entwicklung bei neuen Antriebstechniken wird von den Feuerwehren intensiv beobachtet. Die bisher bekannten Brandereignisse lassen nicht erkennen, dass sich das Risiko im Vergleich zu den ohnehin schon vorhandenen Gefahren erheblich erhöht. Weiterhin beobachten die Feuerwehren auch besonders schwierige Brandereignisse, die sich auch auf die tragende Konstruktion von Garagen ausgewirkt haben und bei denen eine hohe Zahl von Fahrzeugen in Brand geraten ist. Diese Entwicklungen rechtfertigen aber nicht die Sperrung von Garagen für Elektrofahrzeuge.“

Im Ergebnis halten wir somit eine Änderung des Landesrechts in diesem Zusammenhang nicht für erforderlich.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass nach derzeitigem Kenntnisstand keine baulichen Änderungen erforderlich sind. Die Feuerwehr der Universitätsstadt Siegen beschäftigt sich schon seit langem mit dem Thema und beobachtet intensiv neue Entwicklungen in der Löschtechnik von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben.

⇒ *Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.*

4. AfFSO 03.02.2022

2.2 Abgestellte Container in der Fludersbach - Anfrage der UWG- Fraktion

Vorlage Nr. AF 87/2022

Herr O. Schmidt trägt vor, die Grundstücke befänden sich entweder im Eigentum der Firma oder es seien städt. Flurstücke, die 2015 an die Firma verpachtet worden seien. Eine Genehmigung sei somit nicht erforderlich. Solange von den gelagerten Materialien keine Gefahr ausgehe, sei kein ordnungsbehördliches Eingreifen erforderlich. Man könne anbieten, die Situation sporadisch im Blick zu behalten und bei Eintreten von Veränderungen, Kontakt mit dem Gewerbebetrieb aufzunehmen.

⇒ *Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.*

4. AfFSO 03.02.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Graffiti in Siegen - Antrag des Seniorenbeirates

Vorlage Nr. AT 174/2022

Einleitend erläutert Herr Fries, die Intention des Antrages sei nachvollziehbar. Das Bauwerk der HTS und die anliegenden Grundstücke befänden sich im Eigentum des Landesbetriebes Straßen NRW. Bereits vor einigen Jahren habe er thematisiert, wie die Situation verbessert werden könne. Der Fuß-/ Radweg werde einigermaßen gut gereinigt und gesäubert. Es bestehe jedoch das Problem, dass nach erfolgter Entfernung erneut Graffitis angebracht würden.

Herr O. Schmidt ergänzt, er habe erneut Kontakt zu Straßen NRW aufgenommen, die Thematik schildert und um Rückmeldung bezüglich der Entfernung der Graffitis beziehungsweise der Bereitschaft, sich an dem Graffiti- Profiprojekt zu beteiligen, gebeten. Nach erfolgter Rückmeldung, könne innerhalb der Verwaltung das weitere Vorgehen abgestimmt werden.

Nachsatz der Verwaltung:

Der zuständige Mitarbeiter von Straßen NRW hat sich am 10.02. bei 2/2 zurückgemeldet und wird die Angelegenheit jetzt prüfen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW bestehende Möglichkeiten zu prüfen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. AfFSO 03.02.2022

4. Beratung des Verwaltungsentwurfs von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2022

Vorlage Nr. VL 768/2022

Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze des Haushaltsplanentwurfes 2022.

Zunächst stellt Herr Stadtkämmerer Cavelius den Haushaltsplanentwurf vor, erläutert die bestehende Haushaltssituation sowie die Zusammenhänge mit dem Coronaschaden und gibt einen Ausblick auf die Auswirkungen für die Zukunft

Sodann berät der Ausschuss seitenweise die jeweiligen Haushaltsansätze der entsprechenden Produktgruppen.

An der Aussprache beteiligen sich Frau Böcking sowie die Herren Kamann, Heilmann und Weißelberg. Sich ergebende Fragen werden durch die Herren Ebertz und O. Schmidt abschließend beantwortet.

Folgende offengebliebene Frage wird zur Niederschrift genommen:

Produkt 02.04.01 Allgemeine Gefahrenabwehr (S. 239)

❖ Höhe des Anteils der Citystreife an den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Antwort der Verwaltung:

Zu Produktsachkonto 5291000 im Teilergebnisplan der Allgemeinen Gefahrenabwehr, Seite 239 der vorliegenden Unterlagen, wurde um Mitteilung gebeten, welchen Umfang die Citystreife an den 48.691,17 € aus dem Jahr 2020 einnimmt.

Haushaltsplan 2022

Teilergebnisplan Produkt 02.04.01 Allgemeine Gefahrenabwehr							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
5251020	Kfz-Versicherungsbeiträge	2.364,19	3.500	3.700	3.700	3.700	3.700
5251919	Haltung von Fahrzeugen, diff. Kostenarten	10.239,91	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
5255000	Unterhalt, sonst. bewegl. Vermögen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
5281000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	0,00	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
5291000	Aufw. für sonstige Dienstleistungen	48.691,17	40.000	40.000	10.000	10.000	10.000
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	61.749,27	60.400	60.600	30.700	30.700	30.700

Für die mit den Streifen beauftragten Securityfirmen wurden in 2020 insgesamt rd. 92% des festgestellten Ergebnisses verwendet.

⇒ *Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung nimmt den Verwaltungsentwurf von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2022 der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

4. AfFSO 03.02.2022

5. Fahrzeugbeschaffung 2022

Vorlage Nr. VL 766/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt das Fahrzeugbeschaffungsprogramm für das Jahr 2022.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. AfFSO 03.02.2022

6. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktverkehrs in der Universitätsstadt Siegen (Ordnungsziffer 32.021)

Vorlage Nr. VL 704/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überarbeitete Ordnungsbehördliche Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktverkehrs.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. AfFSO 03.02.2022

7. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Wochenmärkten in der Universitätsstadt Siegen - Marktverordnung - (Ordnungsziffer 32.022)

Vorlage Nr. VL 705/2021

Die Frage von Frau Böcking nach der Höhe des Bußgeldes, beantwortet Herr O. Schmidt dahingehend, die ordnungsbehördliche Verordnung verweise auf § 17 OWiG. Die Bußgeldhöhe belaufe sich auf höchstens 1000 Euro. Der Verweis auf das OWiG erfolge, um die Verordnung nicht immer anpassen zu müssen, wenn sich der im OWiG festgelegte Bußgeldrahmen erhöhe. Man könne sich dann immer am aktuellen Rahmen orientieren.

Begrüßenswert sei, dass sich die Verwaltung um eine gendergerechte Sprache bemühe. Seines Erachtens habe sich in dem Absatz 1 des § 7 jedoch durch den Wegfall des Possessivpronomens der Sinn geändert (***bisher:** Auf dem Wochenmarkt hat jeder sein Verhalten und den Zustand seiner Sachen.....**neu:** Auf dem Wochenmarkt ist das Verhalten und der Zustand der Sachen.....*). Bleibe der Sinn durch den Wegfall unverändert, könne man es wie vorgeschlagen belassen, andernfalls schlage er vor, das Wort „eigene“ zu verwenden, so Herr Heilmann

Am Sinn habe sich nichts verändert, so Herr Fries.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überarbeitete Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Wochenmärkten (Marktverordnung).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. AfFSO 03.02.2022

8. Satzung über die Teilnahmebestimmungen und Erhebung von Marktstandsgebühren für die Wochenmärkte in der Universitätsstadt Siegen (Ordnungsziffer 32.020)

Vorlage Nr. VL 703/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überarbeitete Satzung über die Teilnahmebestimmungen und Erhebung von Marktstandsgebühren für die Wochenmärkte.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. AfFSO 03.02.2022

9. Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Vorlage Nr. VL 641/2021

Frau Böcking weist für die SPD und Herr Tigges für die CDU darauf hin, dass die Fraktionen ihr Abstimmungsverhalten freigegeben haben und somit keine Fraktionsmeinung gebildet werde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen anlässlich des Stadtfestes Siegen am 28.08.2022 (Anlage 1) und des Bürgerfestes Geisweid am 09.10.2022 (Anlage 2).

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung

Nein: Frau Böcking (SPD)

4. AfFSO 03.02.2022

10. Information der Abteilung Bürgerdienste zu den Veränderungen der Arbeitsabläufe insbesondere in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG)

Vorlage Nr. VL 709/2021

Einführend erläutert Herr Fries, zu verschiedenen Anlässen sei über die Arbeitsbe- und -auslastung der Mitarbeiter in Verbindung mit Wartezeiten gesprochen worden. Die Auswirkungen der Corona- Pandemie hätten jedoch die Arbeitsabläufe der Abteilung Bürgerdienste verändert, so dass die Verwaltung informieren und deutlich machen wolle, dass man in Richtung der Digitalisierung gehen wolle. Nicht alles sei bereits jetzt digital möglich, da persönliches Erscheinen noch erforderlich sei, aber der Prozess setze sich fort. Mit der Vorlage wolle

man einen Überblick über die derzeitige Situation geben. Was den Stellenplan angehe, seien damit Kosten verbunden. Man müsse sich auch in der Politik darüber Gedanken machen, wo der Schwerpunkt gelegt werden soll, wo ggf. Leistungen eingeschränkt werden müssten, wenn Mittel für das Personal nicht zur Verfügung stehen oder wenn sie zur Verfügung stehen, entsprechendes Personal nicht zu bekommen sei. Dies treffe derzeit zu und führe zu entsprechenden Wartezeiten. Es gebe verpflichtende Kernaufgaben der Verwaltung, so dass man sich darüber unterhalten müsse, wie diese stabil geleistet werden könnten.

Herr Weber unterstützt die Aussage, dass das Personal im Rathaus am Limit arbeitet und bittet die politischen Vertreter dies als Multiplikatoren auch in der Öffentlichkeit darzustellen. Es sei wichtig, die digitalen Möglichkeiten zu erweitern.

Zur Frage von Herr Kamann zum Stand der Umsetzung des OZG und der Wahrscheinlichkeit, dass die Vorgaben zum Jahresende erfüllt werden können, führt Frau Nothacker aus, sie gehe davon aus, dass die Umsetzung bei allen Kommunen nicht fristgerecht erfolgen könne. Es werde viele Bereiche geben, wo Modelle entwickelt würden und viele Dienstleistungen angeboten werden, aber nicht vollständig. Das Bürgerportal enthalte bereits viele Möglichkeiten, die Internetpräsenz der Ausländerbehörde sei verbessert worden, aber es ließen sich Vorsprachen nicht vermeiden, z. B. weil Fingerabdrücke genommen werden müssten. Eine vollständige Umsetzung sei nicht in allen Bereichen möglich.

Die Frage von Herrn Kamann, ob durch die Umsetzung des Gesetzes Personal frei werde, verneint Herr Fries. Die Prozesse für den Bürger würden vielleicht einfacher, die Prozesse innerhalb der Verwaltungsstrukturen jedoch schwieriger. Für die 395 Prozesse, die das OZG vorsehe, sei man auch darauf angewiesen, die IT-technischen Voraussetzungen zu erhalten, die aber evt. durch die SIT nicht zur Verfügung gestellt werden könnten oder Rechtliches noch geklärt werden müsse. Das Ziel sei ausgegeben worden, aber die Kommunen seien in NRW alleine gelassen worden, anders als in Hessen.

Die Frage von Herrn Heilmann, ob eine Plausibilitätsprüfung denkbar wäre oder ob dies bereits zur Rechtsberatung zähle, was den Behörden nicht erlaubt sei, beantwortet Herr Fries dahingehend, dass dies nicht zur Rechtsberatung zähle. Eine Plausibilitätsprüfung der Eingaben müsse gemacht werden, sonst würde es nicht gut laufen und zu noch mehr Verwaltungsarbeit führen. Bürgerfreundliche Verwaltung im Rahmen von Information des Bürgers sei keine Rechtsberatung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung nimmt die Informationen der Abteilung Bürgerdienste zur Kenntnis und unterstützt den weiteren Ausbau der Online-Zugänge von Dienstleistungen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. AfFSO 03.02.2022

gez. Weber
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin